

OSTNACHRICHTEN

Unabhängig, überparteilich und gemäss dem oben angeführten Wahlspruch berichtet diese Zeitschrift über alle pluralistisch-demokratischen Bewegungen in Ost-Mitteleuropa

5. JAHRGANG NR. 6 (43)

2. JULI 1986

Impressum:
Herausgeber, Eigentümer und Verleger
Algis Klimaitis
Redaktion:
1070 Wien, Andreasgasse 9/3

Lenin ante Portas

Warum sich die USA von Nicaragua bedroht fühlen

Amerika sorgt in Europa noch immer für Schlagzeilen, die meistens mit einem Kopfschütteln verbunden sind: Warum nur muss eine Supermacht wie die Vereinigten Staaten dermassen gegen ein so kleines Land wie Nicaragua vorgehen?

Für viele Kreise, besonders um die Sozialdemokratie, ist die Herrschaft der Sandinisten eine neue, hoffnungsvolle Variante der Revolution, die, umbrämt mit gewissen christlichen Unterstützern, endlich einmal beweisen kann, dass ein gewaltsamer Umsturz auch zu einer gerechten Gesellschaftsordnung führen kann.

Für viele Europäer haben die Töne der Regierung Reagan keine Berechtigung, ausser, dass die USA ihren Einfluss im mittelamerikanischen Raum verteidigen möchten. Dieser "US-Imperialismus" hat in den Augen der Nicaragua-Sympathisanten ohnedies keinerlei moralisch zu rechtfertigende Existenzberechtigung.

So erschöpft sich die Berichterstattung über den Krisenherd Nicaragua meist in der Aufzählung von Gefechten der Sandinisten-Truppen mit dem bewaffneten Widerstand

der Contras, über den verbalen Schlagabtausch zwischen Washington und Managua und farbige Reportagen über die Kaffeearnte-Einsätze europäischer Polittourismus-Gruppen. Riskiert man jedoch einen etwas tiefgehenden Blick, so ist verständlich, dass sich die USA durch die sandinistische, marxistisch-leninistische Machtübernahme in Nicaragua zu recht bedroht fühlen:

1) Militärisch schliesst sich eine Zange, die die für den ganzen nordamerikanischen Kontinent wesentlichen Versorgungswege durch den Golf von Mexiko abzuschneiden droht.

2) Es gibt eindeutige Hinweise auf eine sowjetische Langzeitstrategie, die den Keim marxistisch-leninistischer Revolutionen zu Diktaturen sowjetischer Prägung über Mittelamerika weit in die Vereinigten Staaten hineinragen soll.

3) Obwohl von ihren Sympathisanten stets "als dritter Weg" verherrlicht, ist die Revolution der Sandinisten nichts anderes als eine Machtübernahme, die präzise nach dem von Lenin festgelegten Revolutionsmuster abläuft und auch bei der Errichtung der sogenannten "Volksdemokratien" z.B. in Polen oder der CSSR angewendet wurde.

Die militärischen Absichten der Sowjetunion sind offensichtlich.

Kuba hat sich mit seiner regen Unterstützung der "Befreiungsbewegung" in Mittelamerika bereits als verlässlicher Bündnispartner Moskaus profiliert. Zusätzlich bedeutet die Stabilisierung eines moskauhörigen Regimes auf der Landbrücke zwischen Nord- und Südamerika einen zusätzlichen strategischen Vorteil. Ohne grössere Schwierigkeiten lässt sich damit die Schifffahrt in der Karibik, vor allem zwischen Kuba und dem Kontinent kontrollieren.

Sollte schliesslich auch der Panamakanal unter sowjetischen Einfluss fallen, sind die USA und ihre Alliierten gezwungen, auf dem Meer zwischen der West- und der Ostküste den langen Umweg über das Kap Horn am südlichen Zipfel des Doppelkontinents zu nehmen.

Diese Fakten rücken die Bedeutung des "Zwerges" Nicaragua in ein anderes Licht.

Aber auch im Lande selbst hat die militärische Aufrüstung seit der Machtübernahme der Sandinisten ein beachtliches Ausmass angenommen: zum ersten wurde durch die marxistische Junta die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Daneben haben die sandinistischen Truppen (FSLN) 119.000 Mann unter Waffen.

Die Stärke der Nationalgarden des gestützten Diktators Somozas mit 14.000 Mann nimmt sich, im Vergleich dazu, fast lächerlich aus. Bei der sowjetischen Mittelamerika-Strategie darf nicht vergessen werden, dass dieses Gebiet bis 1821 eine Nation war und dass dieses historische Faktum noch immer eine bedeutende Rolle in den Gefühlen der zentralamerikanischen Bevölkerung spielt. Einmal vereint, könnte, so amerikanische Hochrechnungen, eine Armee von drei Millionen Mann in diesem Raum mobilisiert werden. Den Träumern von irgend einem sozialistischen Experiment, einem "dritten Weg zum Kommunismus" sollten in Bezug auf Nicaragua spätestens nach dem 16. Oktober des Vorjahres, als die Sandinisten die Bürgerrechte aufhoben, die Augen aufgegangen sein. Denn wie nicht anders zu erwarten, verlief, bzw. verläuft die Revolution genau nach leninistischem Muster. Lenin verwies darauf, dass wirtschaftlich unterentwickelte Länder das schwächste Glied im Weltsystem des Kapitalismus sind. Da der Konflikt zwischen Bourgeoisie und Proletariat in

diesen Ländern noch nicht entwickelt ist, wird die Revolution als "nationaler Befreiungskampf" deklariert. Um die Macht in so einer Situation an sich zu reissen, wird eine Zusammenarbeit mit demokratischen Elementen vorgeschlagen.

Im Rahmen der so etablierten "Volksdemokratie" wird der Wirkungsbereich der Nicht-Kommunisten Schritt für Schritt eingeschränkt und schliesslich völlig ausgeschaltet.

Derzeit befindet sich Nicaragua in genau dem letzten Stadium und die freie Welt sieht zum Teil genauso stumm zu, wie sie die kommunistische Machtübernahme in den mittel-osteuropäischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg tatenlos und von Ferne beäugt hat.

Die Taktik der Fädenzieher im fernen Moskau hat aber schon seit den 20er Jahren viel weitreichendere Ziele verfolgt, als nur die "Befreiung" einiger lateinamerikanischer Staaten.

Über den Süden haben die kommunistischen Weltrevolutionäre eine Chance, weitreichenderen Einfluss in den USA zu gewinnen. In den Staaten Texas, Utah, Kalifornien, Nevada, Arizona und Colorado lebt ein Grössteil der über 10 Millionen Menschen hispanischen Ursprungs.

Wie das New York Magazin schon im April 1983 berichtete, gibt es bereits Separatistenbewegungen, die von der Sowjetunion unterstützt werden und die Trennung dieser Staaten von Washington anstreben.

Eine ähnliche Bewegung - das "New Afrika Movement" - möchte, wie es selbst verkündet, den "US-Imperialismus besiegen", und zwar durch die Abtrennung der Südstaaten Missisipi, Louisiana, Alabama, Georgia und South Carolina, wo 53 Prozent der 22,7 Millionen Schwarzen leben. Auch diese Bewegung

IN DIESER AUSGABE

KGB gewinnt an Macht	S.2
Neue SU Raketen	S.3
Prozess gegenbürgerrechtler Ruban	S.4
Tachernohyl im Baltikum	S.5
Parteitag in Prag	S.6
Verstärkte Arbeitsgesetzgebung in Polen	S.7

wird von der Sowjetunion unterstützt. Es handelt sich dabei zwar noch um kleine, doch sehr radikale Splittergruppen, und sie schreien, wie alle Radikalen, laut und tragen dadurch zur Grundstimmung in den Vereinigten Staaten bei. Die Fäden all dieser Aktivitäten laufen an einem Punkt, im Kreml, zusammen.

Angesichts dieser Tatsachen, sollte einem nüchtern denkenden Menschen die derzeitige Politik der Stärke Washingtons zumindest verständlicher erscheinen.

Aufgrund der herrschenden Ungerechtigkeiten in Lateinamerika fällt es aber idealistischen Menschen schwer, Sachlagen nach "nüchternen" Kriterien zu beurteilen und der Mythos der "gerechten Revolution" fesselt noch immer Millionen an die Propaganda der UdSSR, die seit 70 Jahren in strenger und zum Teil mörderischer Diktatur regiert wird.

h.h.

Betrifft unseren Beitrag: "Zur Lage der Kultur in Nicaragua" von Pablo Antonio Cuadra.

Liebe Leser,

Aufgrund von Anfragen warum wir diesen Beitrag in Ostnachrichten veröffentlichten, wo er doch in "keinem direkten Zusammenhang mit Osteuropa" steht, möchten wir erklärenderweise mitteilen,

Herr Cuadra seinen Beitrag in Ostnachrichten veröffentlicht sehen wollte, damit - wie er meint - die interessierten Menschen in Mitteleuropa über die gegenwärtigen Verhältnisse und Entwicklungen in Nicaragua aufgeklärt werden. Die Mittelosteuropäer, die die Machtergreifung und Herrschaft der Kommunisten und deren Methoden kennen, haben eine sensibilisierte Einstellung zu jener Art von "proletarischen Revolutionen" und "marxistisch-leninistischen Volksbefreiungen". Unser Wunsch war es darüber hinaus unserer Leserschaft die Meinung eines Nicaraguanners mitzuteilen, der für eine tatsächliche Demokratie in seinem Lande kämpft und wie er die heutige Entwicklung in Nicaragua einschätzt.

Die Redaktion

UDSSR

Das KGB hat an Macht zugenommen

Alle Welt spricht von den Reformmassnahmen des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow. Doch dass er dabei um einen wichtigen Machtkomplex des Landes, den Geheimdienst KGB, einen deutlichen Bogen macht, das erscheint kaum in den westlichen Medien. Manche Beobachter meinen, dass das KGB die Armee an Macht überrundet habe. Seit dem Tode von Verteidigungsminister Dimitri Ustinow im Dezember 1984

ist das Militär - anders als das KGB - im Politbüro nicht mehr mit einem stimmberechtigten Mitglied vertreten. Und es war Gorbatschow, der angesichts der "Stimmlosigkeit" des KGB-Chefs Viktor Chebrikow schon einen Monat nach seinem Amtsantritt zum Vollmitglied des Politbüros erhob.

Nach Ansichten von westlichen Beobachtern der sowjetischen Presse tauchten dort in letzter Zeit mehr und mehr Hinweise

auf die immer festere Position des KGB im sowjetischen Machtgefüge auf.

Erfahrungsgemäss sind bestimmte Veröffentlichungen in bestimmten Organen "Leuchttfeuer" für den machtpolitischen Stellenwert in der Sowjetunion. Es ist daher festzuhalten, dass KGB-Chef Chebrikow im Juni vergangenen Jahres in der parteitheoretischen Zeitschrift "Kommunist" einen zwölfseitigen Artikel über den erfolgreichen Kampf des KGB gegen die angeblichen subversiven Tätigkeiten des Westens veröffentlichte.

Wie Chebrikow meinte, hat sein KGB auch die "bourgeois-Propagandisten" in die Schranken gewiesen und eine Fülle von Verletzungen der Menschenrechte durch westliche Einflüsse unterbunden.

Chebrikow trat unter entsprechendem Echo in den sowjetischen Medien auch öffentlich auf, so am 30. September vergangenen Jahres in Jaroslavl, wo er die Stadt mit dem "Orden der Oktoberrevolution" auszeichnete. Seine Rede wurde im Wortlaut in der Presse abgedruckt und ausführlich im zentralen Fernsehen wiedergegeben. Bisheriger öffentlicher Höhepunkt Chebrikows war seine Rede am 6. November im Kreml anlässlich des Revolutionsjubiläums. Diese Rede halten nur Mitglieder des innersten Machtzirkels.

Um die Position des KGB auf dem sowjetischen politischen Schachbrett richtig einordnen zu können, darf auch nicht vergessen werden, dass das Moskauer Fernsehen am 15. Juni vergangenen Jahres einen 75minütigen Film über Gorbatschows "Patron" Juri Andropow ausstrahlte, der 15 Jahre lang das Komitee für Staatssicherheit (KGB) leitete und für die unnachsichtige Unterdrückung aller Bürgerrechtsaktivitäten verantwortlich ist.

KGB sitzt auch in allen "Republiken" an den Schalthebeln der Macht

Von den 15 "Unionsrepubliken" verfügen 14 - mit Ausnahme der russischen (RSFSR) - über eine eigene Parteiorganisation. In sämtlichen 14 Politbüros ist das KGB nach den jüngsten Wahlen vertreten.

Die Sowjetunion im Überblick

Innenpolitik:

Gorbatschow war in seinem ersten Regierungsjahr sehr rege, viel aktiver als seine Vorgänger; was ist nun dabei herausgekommen?

Sein erster Schritt betraf die Kaderpolitik. Nach Stalin war er derjenige sowjetische Machthaber, der personell am stärksten durchgegriffen hat und eine Verjüngung der Schlüsselpositionen durchsetzte. Im Gegensatz zu Stalin aber, der seine Leute an die Macht hievte indem er die alte Garde einfach umbrachte, schickte Gorbatschow seine Gegner in Pension. Nun kann man natürlich nicht die ganze Nomenklatura austauschen und ob noch genug alter Stamm darin übrig ist, dass sie "zurückschlägt", wird sich in der nächsten Zeit herausstellen.

Wirtschaft

Das zentrale Problem der Wirtschaft ist deren geringes Wachstum. In etlichen Reden hat Gorbatschow betont, dass ein schnelleres Wirtschaftswachstum unbedingt notwendig für das Überleben der Sowjetunion als Grossmacht sei. Er will Reformen, aber nur solche, die in das System passen.

Er versucht es mit Disziplin und mehr Arbeit, statt Alkohol. Übrigens macht es den Eindruck, als sei die Antialkoholkampagne bereits ad acta gelegt worden, da selbst sowjetische Experten bei konsequenter Weiterführung eine starke Eskalation des Schwarzhandels vorausgesagt haben. (Etliche Todesopfer hat diese Kampagne vermutlich schon gefordert, da man statt Wodka beispielsweise Eau de Cologne und anderen unsauberen Alkohol getrunken hatte.)

Aussenpolitik:

Aussenpolitisch benötigt Gorbatschow die Weiterführung der "Friedens"-Kampagne, mit der auch die Abkoppelung Westeuropas von den USA weiterverfolgt wird. Er braucht Zeit und Geld um das Land in wirtschaftlicher und technologischer Hinsicht nicht zu weit hinter dem Westen nachhinken zu lassen. Deshalb das rege Interesse und die fortwährende Propaganda für Abrüstungsgespräche.

Insgesamt: Stärkung des KGB

"In Situationen, in denen sich die schädliche Tätigkeit durch Sonderdienste des Imperialismus gegen den Sozialismus verstärkt, wächst die Verantwortung, die auf den Organen der staatlichen Sicherheit liegt, bedeutend." So sprach Gorbatschow in seiner Eröffnungsrede des Parteitags im Februar. Tatsächlich hat er die Position des KGB verstärkt, in dessen Führungsschicht es kaum personelle Veränderungen seit seinem Regierungsantritt gab.

In einer 75 minütigen Dokumentation Anfang dieses Jahres im Moskauer Fernsehen wurde Jurij Andropow glorifiziert, wobei über seine Karriere als KGB-Chef ausführlich berichtet wurde.

Durch die Ernennung von S. N. Aksjonow, der von 1959-60 stellvertretender KGB-Chef Weissrutheniens (Weissrussland) war, zum Vorsitzenden der staatlichen Fernseh- und Radiogesellschaft, hat das KGB nun auch eine wichtige Position in den Medien eingenommen.

Edith Dürrer-Worobjoff

In sieben Republiken ist der regionale KGB-Chef Vollmitglied, in den anderen sieben ist er Kandidat.

Obwohl die Macht des KGB selbst innerhalb der Sowjetunion unbestritten ist, werden die kaum zu zählenden Korruptionsaffären der bestens informierten Chebrikow-Be-

hörde offenbar nicht angelastet. Beobachter deuten dies ganz klar als Anzeichen dafür, dass die Macht des KGB um Längen die des Innenministeriums aussticht, dem die Straflager unterstehen, und auch die der Generalstaatsanwaltschaft, die für die Formulierung der Anklagen zuständig ist.

OSTWIRTSCHAFT

Systemvergleich USA und UdSSR

Sowjets fallen immer stärker zurück

Im neuen Programm der Kommunistischen Partei der UdSSR, aber auch in der Wirtschaftsplanung bis zum Ende des Jahrhunderts, wurden im Gegensatz zur Vergangenheit, Vergleiche mit den westlichen Industrieländern peinlichst vermieden. Grund dieser "neuen Bescheidenheit" sind nicht etwa nur die uneingehaltene Versprechungen, Amerika zu überholen - vielmehr ist es in den letzten Jahren offenkundig geworden, dass sich der Rückfall der Sowjetunion im Vergleich zu den westlichen Industrieländern, besonders gegenüber den Vereinigten Staaten, weiter beschleunigt.

Nach Ergebnissen westlicher Wirtschaftskomputer betrug im Jahre 1975 das Brutto- sozialprodukt der Sowjetunion 57,9 Prozent des amerikanischen Brutto- sozialproduktes. Im Jahre 1983 war das Verhältnis auf 55,7 Prozent zurückgefallen.

Unberücksichtigt bei diesem Vergleich bleibt die Tatsache, dass die Sowjetunion eine um 16 Prozent grössere Einwohnerzahl hat als die Vereinigten Staaten (280

Millionen gegenüber 236 Millionen). Auch sind die sowjetischen Zahlen, im Gegensatz zu den amerikanischen, nicht inflationsbereinigt; nach den bescheidensten Berechnungen würde dies den realen Unterschied mit wenigstens einem weiteren Prozentpunkt zu Ungunsten der Sowjets ergeben.

Nach neuesten Berechnungen von Experten der Universität Birmingham, betrug das Brutto- sozialprodukt der Sowjetunion Ende 1985 nur noch 54 Prozent des amerikanischen Wertes. Die Schere hat sich also in den letzten Jahren weiter geöffnet. Nicht unwesentlich hat dazu die aussergewöhnliche Entwicklung des amerikanischen Dienstleistungsgewerbes beigetragen. Nimmt man nämlich als Vergleichsgrundlage das sogenannte Nettomaterialprodukt - eine engere Bemessungsgrundlage, bei der Dienstleistungen aller Art ausgeschlossen sind -, bleibt die Quote seit 1975 konstant: Die Sowjetunion produziert 67 Prozent des amerikanischen Nettomaterialproduktes bei einem ständig rückläufigen zahlenmässigen Anteil amerikanischer Arbeiter an der effektiven Güterproduktion.

RGW will nationale Planungsbürokratien umgehen

Organisatorische Massnahmen zur Verwirklichung des neuen Programmes für Wissenschaft und Technik

Das am 15. Dezember vergangenen Jahres verabschiedete 15-Jahre-Programm des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) für wissenschaftliche und technische Kooperation, nimmt schrittweise Gestalt an.

Um die hochgesteckten Ziele zu erreichen, müssen organisatorische Massnahmen verwirklicht werden, von denen einige sich schon jetzt abzeichnen. Mehrere zuständige hohe Funktionäre in Moskau haben sich zum Thema ge-

äussert, darunter Wjatscheslaw Sitschew, Sekretär des RGW, Arnold Romanow, stellvertretender Vorsitzender des Komitees für Wissenschaft und Technik der Sowjetunion, sowie Wladimir Leontiew, Leiter des RGW-Sekretariats für wissenschaftliche und technische Kooperation. Jedes der 93 ausgewählten Projekte soll, den Angaben dieser Spitzenfunktionäre zufolge, von einer Leitorganisation ("golownaja") überwacht werden. Diese wird die Verantwortung tragen für das technische Niveau und die Qualität der Produkte, für die Einhaltung des Zeitplanes bei Forschung und Produktion,

sowie für Kosten und Absatz. All das soll durch ein Netz von Verträgen gesichert werden. Die Leitorganisationen sollen einzelnen Organisationen in den RGW-Ländern vertraglich Aufträge erteilen und ständige direkte Kontakte über die Grenzen hinweg unterhalten, um die Kontrolle über Forschung und Produktion zu sichern.

Alle 93 Projekte sollen sowjetischen Leitorganisationen unterstehen. Darunter befinden sich elf neugegründete, fachübergreifende Forschungsinstitutionen. Jede dieser 93 Organisationen soll Autonomie geniessen, die ihnen die Kontrolle von den ersten Forschungsansätzen bis zur Vermarktung und dem späteren Kundendienst sichern soll.

Das genaue Mass der Autonomie wird von den verschiedenen zuständigen Behörden - dem Staatlichen Komitee für Wissenschaft und Technik, dem Staatlichen Planungskomitee (GOSPLAN) und dem Aussenhandelsministerium - erörtert. Doch werden schon die ersten Pilotunternehmen weitgehend von den Moskauer Dienststellen unabhängig operieren können.

Ähnliche Vorbereitungen seien in den anderen RGW-Ländern im Gange, heisst es in Moskau. Dadurch erhofft man, einen tatsächlich übernationalen Charakter dieser Unternehmen zu sichern und damit die Unabhängigkeit von den Hemmschuh der jeweiligen nationalen Planungsbürokratien zu erreichen.

OSTMILITÄR

Sowjetunion entwickelte Nachfolgerin für SS-20 und SS-18

"Automatisierung erhöht Leistung auf das Zehnfache"

Nach den Worten von KP-Chef Michail Gorbatschow sollen bis zum Jahre 2000 alle Atomwaffen aus den Arsenalen der Welt verschwunden sein, auch die 441 mobilen SS-20-Raketen mit ihren jeweils drei Gefechtsköpfen.

Tatsächlich haben die Sowjets aber schon das Nachfolgemodell für die 5.000 Kilometer weit reichende, Westeuropa wie China, Japan und Süd-Korea bedrohende SS-20 entwickelt und im Flug erprobt.

Die Serienfertigung soll noch vor dem Jahre 1990 in Angriff genommen werden. Das neue Modell trägt die Bezeichnung SS-X-28.

Bekannt wurde jetzt ein zweites sowjetisches Projekt, das die Interkontinentalrakete SS-18 ersetzen soll. Es wird im Westen als SS-X-27 geführt. Die Sowjets leugnen dieses Vorhaben nicht, doch behaupten sie, es handle sich dabei lediglich um eine Modernisierung der SS-18.

Von strategischer und politischer einschneidender Bedeutung ist auch eine andere Entwicklung bei den sowjetischen Raketenstruppen, die neuerdings von Armeegeneral Juri Pawlowitsch Maksimow kommandiert werden.

Maksimow war zuvor Oberkommandierender der südöstlichen Truppen und davor Chef des Militärbezirks Turkestan.

Bisher warf Moskau Washington nämlich stets vor, die amerikanischen rechnergesteuerten Raketenstruppen würden "einen Krieg aus Versehen" begünstigen. Das dies nur eine Propagandabehauptung war, wird deutlich wenn man weiss, dass die Sowjetunion ebenfalls Computersteuerungen vornimmt.

Anlässlich des Tages der Raketenstruppen und der Artillerie, erklärte Maksimow laut einem Bericht der schweizerischen Fachzeitschrift "Internationale Wehrevue":

"Wir besitzen vollautomatische Abschussrichtungen, die unsere Raketen in äusserst kurzer Zeit zum Einsatz bringen können. Die Tatsache, dass diese Raketenkomplexe weitgehend automatisiert und mit elektrokybernetischen Vorrichtungen versehen sind, verstärkt die Leistung unserer Raketenstruppen auf das Zehnfache und erhöht die Zuverlässigkeit ihrer Waffen und Kampfausrüstung."

Der NATO-Führung in Westeuropa bereiten auch die nicht zu den strategischen Raketen zählenden Flugkörper SS-21, SS-22 und SS-23 Sorge. Sie sind durchweg treffgenauer, mobiler und vielfältiger einsetzbar als ihre Vorgänger. Gleichermaßen können mit ihnen konventionelle, atomare, chemische oder biologische Gefechtsköpfe benutzt werden. Ihre Reichweite liegt zwischen 120 Kilometer (SS-21) und 900 Kilometer (SS-22). Die SS-23 bringt es auf 500 Kilometer. Alle drei Systeme sind in der DDR stationiert.

UKRAINE

"Die objektive Realität"

Zum Prozess gegen Petro Ruban

Vor kurzem sind Details über die Gerichtsverhandlung gegen den ukrainischen Bürgerrechtler Petro Ruban in den Westen gelangt. Der 46-jährige wurde am 25. und 26. November 1985 kurz vor Ablauf seiner Verbannungsstrafe zum viertenmal verurteilt. Der Holzschnitzer und Intarsist hat inzwischen insgesamt 22 Jahre in Haft verbracht: u.a. 1965-1973 wegen "antisowjetischer Agitation und Propaganda" und von Oktober 1976 bis Oktober 1985 wegen einer Holzschnittarbeit, die er dem 200-jährigen Jubiläum der USA gewidmet hatte.

Einige Wochen vor Ablauf seiner letzten Haftstrafe wurde Petro Ruban an seinem Verbannungsort erneut verhaftet und wieder unter Anklage gestellt. Dabei stützt sich die Anklageschrift auf Briefe, die Petro Ruban während seiner Haftzeit an seine Frau geschrieben hatte, auf seinen Briefwechsel mit ausländischen Partnern, den er von seinem Verbannungsort aus geführt hatte, sowie auf Zeugenaussagen ehemaliger Mitgefangener und Vertreter der Lagerbehörden, sowie von Mitarbeitern am Verbannungsort.

Aufgrund dieser Unterlagen wurde Petro Ruban nach Artikel 62 des Strafgesetzbuches der Ukr. SSR, "antisowjetische Agitation und Propaganda" erneut verurteilt. Seine Verteidigung übernahm der Angeklagte selbst.

Während der Verhandlung wurden ihm hauptsächlich seine kritischen Äusserungen zur sowjetischen Besetzung von Afghanistan, zur Souveränität der Ukrainischen Sowjetrepublik, sowie zum Kolchosystem zur Last gelegt. Besonders schwer fiel jedoch gegen Ruban ins Gewicht, dass er sich um eine Ausreisegenehmigung für seine Frau und seinen 10-jährigen Sohn in die USA bemüht hatte. Sein Sohn ist nach einem Unfall gelähmt, hat kaum medizinische Betreuung und nicht einmal einen Rollstuhl. Petro Ruban erhofft sich eine mögliche Heilung von einer medizinischen Behandlung in den Vereinigten Staaten.

In seinem Plädoyer in eigener Sache bestritt Ruban die gegen ihn angeführten Anklagepunkte. Die Tatsachen, die

ihm vor Gericht als "Verleumdungen" zur Last gelegt würden, seien die objektive Realität des Sowjetlebens, sagte er.

Noch während der Untersuchungsverhandlungen hatte sich Ruban schriftlich an den Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, gewandt und sich über die gesetzwidrigen Methoden des KGB von Tschernihiv beschwert. Die Antwort kam postwendend von eben diesem KGB-Büro: "Wohin auch immer Sie schreiben, es fällt ohnehin in unsere Hände".

In seinem Schlusswort bekannte sich Petro Ruban als nicht schuldig; er bat das Gericht jedoch die Ausreise seines Sohnes zur Behandlung in die USA zu ermöglichen, und kündigte an, in einen Hungerstreik zu treten, bis den Bemühungen seiner Familie um eine Ausreise stattgegeben werde.

Das Urteil wurde nicht am Ende der Verhandlung ausgesprochen, sondern den Beteiligten von einem Sekretär überreicht.

Neun Jahre Lager besonderen Regimes und vier Jahre Verbannung kommen für den schwerkranken Petro Ruban einem Todesurteil gleich.

Kurzmeldungen

Der ukrainische Wissenschaftsgefangene Olexsander Schewtschenko, der im Jahre 1980 wegen seiner Mitarbeit bei der Samisdat-Zeitung "Ukrainischer Bote" zu fünf Jahren Haft und drei Jahren Verbannung verurteilt wurde und derzeit in der Verbannung in Kasachstan lebt, hat sich bei der ihm zugeteilten Schwerarbeit in der Sowchase die Hände schwer veletzt und einen Finger verloren.

Der 46-jährige Biologe aus Kiew ist schwer krank aus dem Permer Straflager 37-2 entlassen worden. Da er drei Monate lang mit einer nur eintägigen Unterbrechung im Karzer verbringen musste, zog er sich eine Wirbelsäulenverkrümmung zu; seine Füße sind infolge der Kälte in den ungeheizten Karzern erfroren und z.T. gelähmt; zudem leidet er an Herzbeschwerden und Magengeschwüren.

Unmittelbar nach Schewtschenkos Ankunft an seinem Verbannungsort Kzyl-Tu in Kasachstan, reisten eigens KGB-Vertreter an, um ihn zu einer Reueerklärung zu bewegen. Für seine Weigerung wurde der Biologe bestraft, indem ihm nur noch schwerste Arbeit in der kasachischen Sowchase zugeteilt wird - er bekam daraufhin einen Herzinfarkt. Seine Familie lebt in Kiew in äusserst beschränkten Verhältnissen, nachdem seine Frau Lidija nach einer Krebsoperation arbeitsunfähig geworden ist.

Litauen im Überblick

Innenpolitik:

Alles richtet sich nach den Beschlüssen des 26. Parteitag der KPdSU in Moskau aus. Dort und nicht in Vilnius werden die Leitlinien der Landespolitik entwickelt. Wieder einmal deutlich wurde dies am 19. Parteitag der Litauischen Kommunistischen Partei, der Ende Januar in Vilnius tagte und keine Überraschungen brachte. Die Führung wurde wiedergewählt: Als Aushängeschild und "Erster"-Sekretär: Petras Griskevicius (Litauer), als Zweiter Sekretär und Statthalter Moskaus: Nikolai Dybenko (Russe). Er, nicht etwa Griskevicius, gibt den Ton an.

Zunehmende Schwierigkeiten mit der "Konterpropaganda" und dem Volksgesam

Einer der interessantesten Punkte des litauischen Parteitages war die ständige Betonung des "ideologischen Kampfes", die als eindeutiges Zeichen der Unsicherheit der Parteigremien über die ideologische Unzuverlässigkeit des litauischen Volkes zu werten ist. Griskevicius forderte die Parteikomitees und die Medien auf "... den Kampf gegen die böswillige Propaganda aus dem Ausland zu verstärken und die litauischen 'bürgerlichen Nationalisten' zu demaskieren." (Tiesa, Vilnius, 25. Jan. 1986).

Eine der Resolutionen des Parteitages bemerkt: "Wir nehmen nicht genügend Rücksicht auf die geistigen Bedürfnisse des Volkes und auf die Wirkung des ideologischen Feindes." Eine weitere Resolution brachte auch Missfallen über "die baltische Frage" in den USA und zunehmend auch in Europa zum Ausdruck und fordert deshalb "grössere Wachsamkeit unter den Werktätigen".

Ausdrücklich wurde in diesem Zusammenhang vom "Baltischen Tribunal" 1985 in Kopenhagen gesprochen.

Aussenpolitik:

Seit der Besetzung Litauens im Juni 1940, gibt es dort keine Aussenpolitik mehr. Höchstens Polittourismus auf Geheiss Moskaus.

Wirtschaft:

Ein Schwergewicht liegt weiterhin bei der Landwirtschaft. Litauens Landwirtschaftsproduktion ist eine der höchsten in der Sowjetunion. Kürzlich hat man mit einigen Experimenten im Bereich einer höheren Eigenverantwortung bei der Planung und Betriebsführung angefangen. Doch Reformen und ständige Änderungen innerbetrieblicher Ordnungsregeln, sind schon immer ein Begleiter der Kolchosen und Sowchosen-Bauern gewesen und am Grundübel, "Planwirtschaft", die sich ja nicht nach den tatsächlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten richtet - haben sie nichts geändert. Ohne Schwarzmarkt, Schummel, systemimmanente Wirtschaftskriminalität, Diebstahl am "Volkseigentum", würde die Versorgung vollends zusammenbrechen.

Kultur:

Recht rege entfaltet sich die Literaturszene, in der praktisch gar nicht mehr ideologisiert wird. In erster Linie steht der "heutige Mensch" mit all seinen Problemen im Mittelpunkt. Auffällig ist, dass die alte Historie verbannt ist. Themen aus dem 19. Jahrhundert und davor, über die man in der Unabhängigkeitszeit gerne und ausführlich schrieb, sind offensichtlich von der Partei tabuisiert worden.

Russifizierung nicht aufgehoben

In den Medien ist beständig von der Bedeutung der Beherrschung der "grossen russischen Sprache" die Rede. Dies kann nur so gewertet werden, dass die Russifizierung verstärkt werden soll. Es ist aber auch als Klage zu verstehen, dass nach über 40-jähriger Besetzungszeit durch Sowjetrußland, die russische Sprache noch immer nicht ausreichend beherrscht wird.

Algis Klimaitis

BALTIKUM

"Tschernobyl"-Unglück be- unruhigt das Baltikum

Nach dem Super-GAU im ukrainischen Tschernobyl, verweigern die sowjetischen Behörden der eigenen Bevölkerung weiterhin Auskunft über die genaue Strahlenbelastung in der UdSSR und insbesondere in den von ihr besetzten baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. über die direkt nach der Katastrophe radioaktiv verseuchte Luftmassen nach Skandinavien (Abb.1) und zurück getrieben wurden.

Im Gegensatz zum benachbarten Polen, empfahlen die örtlichen Behörden den Menschen im Baltikum keinerlei Verhaltensmassnahmen (z.B. für Schwangere, Kinder) oder die Einhaltung anderer Vorkehrungen (Verzicht auf den Verzehr bestimmter Gemüsearten, Weiden von Kühen im Freien).

Die erste Unterrichtung der Menschen in Lettland durch das örtliche Parteiorgan "Cina" und in Litauen durch die Parteizeitung "Tiesa", erfolgte erst ca. 10 Tage nach dem Unglück.

In Litauen steht der Welt grösste AKW-Reaktor vom Typ "Tschernobyl"

Inzwischen aus dem Baltikum zurückgekehrte westliche Touristen berichten von zunehmender Unruhe in der Bevölkerung wegen der Nähe des Atomreaktors bei Ignalina im Nordosten Litauens - genauso wie Tschernobyl ein sog. graphit-moderierter Druckröhrenreaktor vom Typ RBMK - mit 4 X 1.500 Megawatt, als das grösste seiner Art in der Welt konzipiert, und um vieles leistungsfähiger als der Unglücksreaktor bei Kiew. Der erste

der 4 Reaktorblöcke wurde im Dezember 1984 in Betrieb genommen. Die Fertigstellung des 2. Blockes war im Dezember 1984 in Betrieb genommen. Die Fertigstellung des 2. Blockes war für Ende 1985 vorgesehen. Die Inbetriebnahme der beiden letzten ist bis spätestens 1990 geplant.

Die Beunruhigung in Litauen hat inzwischen auch auf Lettland übergreifen. So ist dort bekannt, dass das zum Reaktorbetrieb benötigte und radioaktiv kontaminierte Kühlwasser - es stammt aus dem nahe gelegenen Drukšiai-See, dem mit 42,3 km² grössten Binnengewässer Litauens - in den in nächster Nähe vorbeifliessenden grössten Fluss Lettlands, die Daugava (dt. Düna), gelangt, der bei Riga in die Ostsee mündet.

Nur 35 km von Ignalina entfernt liegt - im Südosten Lettlands - die Stadt Daugavpils (Dünaburg) mit 125.000 Einwohnern.

Zum Vergleich: aus der nächsten Umgebung von Tschernobyl wurden lt. Angaben des Moskauer KP-Chefs Jelzin ca. 50.000 Menschen evakuiert. Im gleichen Umkreis des Atomkraftwerkes bei Ignalina (Baubeginn: 1982) leben zur Zeit weit über 200.000 Menschen.

Ein weiteres Atomkraftwerk ist in Pavilosta vorgesehen, einer lettischen Hafenstadt zwischen Liepaja (Libau; 112.000 Einw.) und Ventspils (Windau; 51.000 Einw.), wo die Umweltverschmutzung infolge eines riesigen, erst vor wenigen Jahren errichteten Industriekomplexes, für die Erdölraffinerie schon jetzt bedrohliche Ausmasse angenommen hat.



Lettland eine toxische Mülldeponie der UdSSR?

Auf einer im März 1985 von der "sowjet"-lettischen Zeitschrift "Wissenschaft und Technik" veröffentlichten Karte Lettlands wurden sieben, auch als Atommülldeponien geeignete Standorte "zur Lagerung besonders gefährlicher und toxischer Stoffe" abgebildet, die ca. 25% des Territoriums von Lettland, d.h. über 15.000 km², umfassen. Bereits vor einiger Zeit berichtete die gleiche Zeitschrift von "Experimenten zur Ableitung von flüssigen, besonders giftigen und radioaktiven Abwässern in 1.200 Meter Tiefe. Die geologische Struktur sowie die hydrologischen Verhältnisse Lettlands lassen den sicheren Schluss zu, dass auf dem grössten Teil des Territoriums eine derartige Ableitung von Abwässern möglich ist".

Die baltischen Länder: jetzt schon eine Abschussrampe sowjetischer Atomraketen

Das Baltikum ist bereits seit Jahren mit SS-Atomraketen und anderen Militäreinrichtungen besetzt, sowie Standort einer grösseren Zahl von atomgetriebenen U-Booten. Selbst für die örtliche Bevölkerung ist ein grosser Teil des Landes militärisches Sperrgebiet, in welchem sich in den letzten Jahren mehrere Explosionen, u.a. mit Freisetzung von Radioaktivität, ereignet haben.

In diesem Zusammenhang sei auch daran erinnert, dass der im Sommer 1984 mit Uranhexafluorid - Ausgangsprodukt für Brennstoffmaterial von Atomkraftwerken und Atombomben - beladene und im Ärmelkanal vor Ostende getrandete Frachter "Mont Louis" auf dem Wege von Frankreich nach Riga zur Wiederaufbereitung war.

Das gemeinsame Schicksal der baltischen Staaten und Afghanistans

Der Gedanke des "gemeinsamen Schicksals" beherrscht viele Themen der baltischen Untergrundveröffentlichungen zu Afghanistan.

Balys Gajauskas, ein litauischer politischer Gefangener, schrieb folgende Zeilen aus dem Arbeitslager: "Hat die Welt wirklich vergessen, wie das sowjetische Imperium geschaffen wurde? ... Wieviel Völker sind durch Verträge und Verschwörungen unter sowjetischen Einfluss geraten? Denkt nur an Afghanistan!"

Das litauische Untergrundjournal "Ausra (Die Morgenröte)" veröffentlichte einen Artikel unter der Überschrift: "Unsere jungen Männer sterben in Afghanistan", der auch zwei Briefe von Litauern enthielt, die in Afghanistan ihren Militärdienst leisten. Darin wird festgestellt: "Seit Jahren hält das Blutvergiessen in Afghanistan an. Wir Angehörigen anderer Nationen, Ukrainer, Litauer, Letten und Esten werden zur Teilnahme an diesem Krieg gezwungen. Selbst in unserer Heimat unterdrückt, werden wir gezwungen, die brutalen Befehle der sowjetischen Offiziere auszuführen, und unser eigenes Blut und das der Afghanen zu vergiessen."

Ein schmutziger imperialistischer Krieg

In einer Erklärung einer inoffiziellen Friedensgruppe aus Estland wird ebenfalls Beschwerde darüber geführt, dass junge ethnische Wehrpflichtige in alle Winde über die endlose Weite der Sowjetunion verstreut werden. Sie würden oft Misshandlungen und Schläge von Russen und anderen Nationalitäten ausgesetzt. Die Erklärung weist auf eine grosse Anzahl junger Esten, Letten und Litauer hin, die bereits ein grausames Schicksal in diesem schmutzigen imperialistischen Krieg, der in Afghanistan geführt wird, erlitten haben.

Sterben für die Interessen von Fremden

In seiner 30. Ausgabe beschrieb das litauische Untergrundblatt Ausra, "wie uns mehr und mehr tragische Nachrichten über junge Litauer, die in Afghanistan gefallen sind, erreichen. Die Toten werden in Zinksärgen zurückgebracht und heimlich beerdigt. Den Müttern wird nicht erlaubt, ihre gefallenen Söhne zu sehen." Ausra beschreibt ausserdem, wie Beerdigungen immer wieder zu Protestaktionen gegen die Sowjets umgewandelt werden.

TSCHECHOSLOWAKEI

Der 17. Parteitag in Prag

Vom 24. bis 29. 3. 1986 fand ein Parteitag der tschechoslowakischen Kommunisten statt. Er ging ohne spektakuläre Schritte zu Ende, hielt sich auf Distanz zu "reformerrischen" Massnahmen, zu denen Gorbatschow vor kurzer Zeit seine Genossen aufgerufen hatte.

Die schwierigste Vorarbeit der Organisatoren eines Parteitages in dem Ostblock-Land, lag vermutlich darin, festzustellen, über welche Fragen man eigentlich frei reden dürfe. Es musste nämlich ein unanständiger Problemkreis gefunden werden - sonst hätte man den Parteitag gar nicht einzuberufen brauchen.

Die heutigen politischen Herrscher auf dem Hradschin, zum Grossteil durch die Invasion im Jahre 1968 in die politischen Funktionen gehiebt, verpflichteten sich 1969 zu der Neutralisierung der unberechenbaren politischen Gärung im Lande. Dies ist ihr auch weitgehend gelungen. Heute steht man vor dem geistigen Friedhof, den man durch eigenen Fleiss herbeigeführt hat, und vor der unumgänglichen Frage: wie geht es weiter?

Das Bündnis mit der UdSSR gilt selbstverständlich als unantastbare Grundlage der politischen Ordnung im Lande. Dies bestätigte Staats- und Parteichef Husak in seiner Eröffnungsrede.

Aussenminister Chnoupek sekundierte ihm in einer Pressekonferenz am Rande des Parteitages, schob den USA die Schuld an der politischen Klimaverschlechterung zu und bezeichnete die amerikanischen Marineübungen vor der libyschen Küste als ernste Bedrohung des Friedens.

Im innenpolitischen Passus verlangte Husak die Intensivierung der politischen Arbeit, damit die Bürger die richtige Einstellung zur sozialistischen Gesellschaftsordnung leichter gewinnen, und forderte ferner grössere Effizienz in der Wirtschaft.

Er sprach Warnungen gegen jene Bürger aus, "die unter dem Deckmantel der Parolen von Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in Wirklichkeit nur die sozialistische Gesetzgebung verletzen wollten".

Jenseits von feierlichen Beschwörungen und selbstsicheren Drohgebärden bewegten sich allein die Voten zu der prekären Wirtschaftslage. Ja man konnte sogar ein vorsichtiges Vortasten zu einer neuen Wirtschaftspolitik feststellen, freilich mit ängstlich fragenden Seitenblicken, was die Dogmatiker in den eigenen Reihen dazu sagen.

Eine neue Wirtschaftspolitik ist in der Tschechoslowakei tatsächlich bitter nötig.

Die marktpolitischen Gesichtspunkte werden bis auf einige wenige Betriebe (wie dem Landwirtschaftsbetrieb Slusovice nahe der ehemaligen Bata-Stadt Zlin, nun Gottwaldov) aus den Wirtschaftsmechanismen vollständig verdrängt.

Preise spielen praktisch keine Rolle, sie werden administrativ festgesetzt. Die Löhne werden für alle Produktionsetappen im voraus bestimmt, ohne Rücksicht auf die Effektivität der Betriebsproduktion. Der Betrieb selber bekommt Organisationsstruktur, Material- und Finanzmittel zugeteilt.

Dementsprechend arbeiten auch die Betriebe. Sie richten sich nach dem vorgeschriebenen Umfang der Produktion und nach den feststehenden Materiallimits. Letzten Endes ist es nämlich egal, ob der Betrieb seine Bilanz positiv abschliesst, d.h. zum National-einkommen etwas beiträgt. Allein wichtig ist es, dass die globalen Richtlinien eingehalten werden.

Bei Erarbeitung des Planes

drängt der Betrieb auf ein niedriges Plansoll bei möglichst grosser Materialzufuhr. Ist doch verständlich: man möchte den Plan ohne allzu grosse Anstrengungen erfüllen und durch hohe Reserve sich gegen nicht seltene Zulieferungsausfälle absichern. So bieten sämtliche Betriebe weniger an, als sie könnten und verlangen mehr, als sie brauchen. Dadurch entstehen die für die sozialistische Wirtschaft so typischen Mangelercheinungen und auf der anderen Seite ein Anwachsen von übermässigen, ungenutzten Reserven.

Da von oben nur die Erfüllung des Planes gefordert wird, interessiert sich niemand dafür, ob brauchbare Erzeugnisse mit moderner Technologie kostengünstiger hergestellt werden, oder veraltetes, überholtes Sortiment mit grossem Energie- und Materialaufwand. Bei der praktizierten Wirtschaftspolitik ist es für den Betrieb vorteilhafter, bei der veralteten Produktion zu bleiben, als auf die Einführung eines modernen Produktionsverfahrens einzulernen. Damit sind bekanntlich viele Probleme verbunden, die man sich durch den Verzicht auf moderne Technologie ersparen kann.

Weitere Besonderheiten der sozialistischen Planwirtschaft bestehen in der strikten Trennung von Kompetenz und Verantwortung. Das Recht, über die Wirtschaftspolitik auf allen Ebenen zu entscheiden, behalten sich die höchsten Stellen vor. Doch für die Verwirklichung dieser Wirtschaftspolitik zeichnen die Betriebschefs verantwortlich. Sie sind praktisch zu den Ausführungsorganen ihrer Vorgesetzten degradiert worden. Der Freiraum für ihre eigene Phantasie und Kreativität ist gleich Null. Ihre Initiative ist sogar unerwünscht. Es ist ein Fall bekannt geworden, wo der Direktor eines kleinen Betriebes für die Lieferung von dringend notwendigem Material Schmiergeld aus eigener Tasche bezahlt hat, um die Produktion aufrechtzuerhalten. Er wurde vor Gericht gestellt und wegen Bestechung verurteilt.

Was tun, wenn sich die offiziellen Richtlinien für die Produktion widersprechen? Dann liegt es allein am Betriebschef und seinem Team durch die ausgefallensten

CSSR auf einen Blick

Zum 31. 12. 1985 hatte die Tschechoslowakei 15.523 Millionen Einwohner. Tschechei 10.343 Millionen). Die Hauptstadt ist Prag mit 1.189 786 Einwohnern.

Innenpolitik: Sie wird noch immer von den Ereignissen der jüngsten Vergangenheit bestimmt:

1. Der Wallfahrt zu Velehrad im vergangenen Sommer, und das damit spürbar gesteigerte Selbstbewusstsein der tschechoslowakischen Katholiken.

2. Der Konfrontation im gesellschaftlichem Rahmen, wie z. B. bei der Auflösung der Jazz-Sektion des Prager Musikervereines. Obwohl dieser völlig willkürliche Schritt der Behörden gegen die Jazz-Freunde bereits am 15.6.1983 erfolgt ist, beugt sich die Führung der Jazz-Sektion nicht dem Verdikt der Behörden. Wohl in der Gewissheit dass Tausende der Mitglieder hinter ihr stehen.

Aussenpolitik:

Hier zeichnet sich die CSSR durch Bündnisstreue gegenüber der Sowjetunion aus. Sie verkauft die sowjetischen aussenpolitischen Interessen in tschechoslowakischer Folklore. Die Visiten des italienischen Aussenministers Andreotti (Anfang Dezember 1985) und jene seines bundesdeutschen Amtskollegen Genscher (Anfang Februar 1986) bewegten sich in dem Rahmen, der durch die Zugehörigkeit zu den verschiedenen Machtblöcken gegeben ist.

Wirtschaft:

Sie entwickelt sich nicht planmässig. Der Aussenhandel orientiert sich vorwiegend an den Comecon-Ländern. Die Deviseneinnahmen stammen zu einem erstaunlich hohem Prozentsatz aus dem Handel mit Dritte-Welt-Ländern. Die Auslandsverschuldung der CSSR ist im Vergleich mit anderen Ostblockländern überraschend niedrig (Ende 1985: 2,3 Milliarden \$)

Ausblick:

Weder im Innen- noch im aussenpolitischen Bereich hat sich in den vergangenen sechs Monaten ein neuer Stil abgezeichnet. Für die eigene Bevölkerung wird die Umerziehung im marxistisch-leninistischen Geist weiterhin andauern. Die Weltöffentlichkeit wird aus dem Munde der offiziellen Vertreter auch künftig nichts anderes als hundertmal abgedroschene ideologische Phrasen vernehmen.

Einzig in der Wirtschaft sind neue experimentelle Trends nicht auszuschliessen.

LIBUSA

Kunstgriffe positive Betriebsbilanzen vorzugaukeln. Dies genügt den vorgesetzten Stellen.

Wirtschaftliche Stagnation und beim Volk weit verbreitetes Desinteresse an den proklamierten Planzielen, sind die unliebsamen Folgen der zentral gelenkten Planwirtschaft. Anlass genug um am Parteitag Kurskorrekturen vorzunehmen.

Dazu ist offenbar der für die Wirtschaft zuständige Ministerpräsident Strougal auch bereit.

In seiner Rede vor den Delegierten kündigte er Massnahmen zur Belebung der Wirtschaft an. Die tschechoslowakischen Industrieprodukte sollen durch die Hebung ihrer Qualität auf den Weltmärkten konkurrenzfähig werden. Das Hauptaugenmerk richtet sich dabei auf die Elektroindustrie. Im Planungssystem soll die Preispolitik realistisch gestaltet werden und die Betriebe mehr Unabhängigkeit erlangen. In welchem Ausmass, wurde nicht gesagt. Fest steht jedoch, dass die zentrale Lenkung der Wirtschaft vorerst unantastbar bleibt. Und in diesem Rahmen haben sich die Anstrengungen um grössere Effektivität der Arbeit und um bessere Qualität der Produkte zu bewegen.

Ausdrücklich nur zwecks des Experiments werden einzelne Betriebe aus dem Zentralplan herausgenommen. So gab Planungschef Botac bekannt, dass vier Betriebe lediglich die Steuern und die Sozialabgaben abzuliefern haben, ansonsten bestimmen sie selbst über ihre Produktion (wie der Landwirtschafts-

betrieb Slusovice). Einiges spricht dafür, dass sich diese bescheidenen Ansätze zur Umstrukturierung der Wirtschaft vermehren könnten. Es sind jedoch keine revolutionären Änderungen zu erwarten. Die überall präsenten, engstirnigen Apparatschiks werden ihre Privilegien sicher nicht bereitwillig aufgeben.

Keine gesellschaftspolitischen Änderungen

Die authentische Kulturszene wird auch weiterhin im Untergrund verharren müssen, wohin sie die offiziellen Stellen verwiesen haben.

Die Menschenrechtsbewegung Charta 77 kann auch nach dem Parteitag nicht damit rechnen, dass sie von den Regierungsstellen als Gesprächspartner akzeptiert wird. Sie wird sich auch künftig mit Polizeirepressalien als Antwort auf ihr Engagement für Menschenrechte abfinden müssen.

Für die Kirche und aktive Christen brachte der Parteitag keine Einladung zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Die aktiven demokratischen Christen werden von den Kommunisten nach wie vor als gefährliches Element der ansonsten unterdrückten Gesellschaft betrachtet, das man am liebsten eliminieren möchte.

Trotz alledem gibt es Hoffnung, dass sich die Dinge wenigstens wirtschaftlich zum Besseren wenden.

LIBUSA

Sitzungsprotokolls heisst es, der Arbeiter müsse wieder "mehr Verantwortung für seine Arbeit" tragen und seine Arbeitsdisziplin "verbessern". Die Einflussmöglichkeiten der neuen Staatsgewerkschaften sollen erweitert werden.

Die an dem neuen Arbeitsrecht arbeitenden KP-Juristen wurden in einer geheimen Anweisung angewiesen, den Anspruch auf arbeitsfreie Sonntage "bis auf weiteres" zu streichen. Dabei handelt

es sich um die Beseitigung eines Erfolgs der "Solidarnosc".

Die bisher ideologisch und agitatorisch beherrschende Stellung der Arbeiter als herausragende Gestalt der Diktatur des Proletariats soll eingeschrumpft werden. Ihnen müsse deutlich gemacht werden, dass sie ihre Forderungen und Ansprüche bescheidener zu halten hätten. Nötigenfalls werde man auch gewisse Formen von Arbeitszwang nicht ausschliessen können, hiess es in der Geheimanweisung.

Polnische Untergrundverleger gründen "Versicherungsfonds"

Finanzieller Ausgleich für polizeiliche Repressionsmassnahmen.

Wie die bekannte Untergrundzeitung "Tygodnik Mazowsze" berichtet, wurde Anfang des Jahres ein "Versicherungsfonds" für unabhängige Publikationen gegründet. Zweck des Fonds ist es, Untergrundverleger finanziell gegen polizeiliche Repressionsmassnahmen zu sichern.

Der Fonds wurde gemeinsam von den Untergrundverlegern "NOVA" und "Przedwit" sowie von der Zeitung "Tygodnik Mazowsze" gegründet. Die "Versicherung" wird Verluste von Material und Ausrüstung abdecken und

kann auch auf die Mitarbeiter ausgeweitet werden, die bei Herausgabe, Druck und Vertrieb der unabhängigen Publikation mitwirken. Es sollen ihnen "materielle Verluste" ersetzt werden, die ihnen durch ihre Mitarbeit bei diesen Publikationen entstehen.

In der Vergangenheit hat der Verlust von Material oder die Beschlagnahme von Druckmaschinen und Papierbeständen durch die Polizei die Grundlage der Untergrundverleger bedroht. Nach einer Polizeirazzia und Durchsuchung hat es manchmal Monate gedauert, bis der betroffene Untergrundverleger seine Basis wieder zusammen hatte.

Warschau wirbt mit Ferienlager für Emigrantenkinder

Beste Betreuung zu niedrigsten Preisen zugesichert

Als "neue Infiltrationsprobe" bezeichnet die polnische Exilpresse die Werbung des Warschauer Regimes unter Emigranten für ein vierwöchiges Ferienlager in der "alten Heimat". Erwünscht sind Jugendliche zwischen 11 und 15 Jahren. Es spielt dabei keine Rolle, aus welchen Gründen die Eltern Polen verlassen, wird hervorgehoben. Warschau garantiert "moderne" und "besteingerichtete" Ferienhäuser mit guter Betreuung, guter Verpflegung und bester ärztlicher Fürsorge.

Allerdings seien Seelsorger nicht vorgesehen.

Bekannt ist, dass die Betreuer in den Lagern Funktionäre des Pfadfinderbundes sind. Allerdings sind in letzter Zeit Sicherheitsbeamte sowie Politoffiziere gegen die alten Pfadfinderführer "ausgewechselt" worden.

Für einen vierwöchigen Aufenthalt im Ferienlager werden nur 450 DM verlangt.

Die polnische Regierung scheint sich viel von solchen Lagern zu versprechen.

"The Polish Daily" (London) hebt hervor, dass es den Emigrantenerkinder in Polen viel besser ergehe als den gleichaltrigen im Mutterland. "Jezer vernünftig denkende emigrierte Pole sollte daraus seine Konsequenzen ziehen."

Das Blatt gibt zu bedenken, dass das Regime erst mal für die ordentliche Verpflegung und ärztliche Betreuung der vielen kranken polnischen Kinder in Polen selbst sorgen solle und fährt fort: "Es gehört nicht zu den Pflichten einer wohlhabenden Emigration, beim Regime betteln zu gehen und für seine Kinder den kranken Kindern in Polen das wegzunehmen, was ihnen vorenthalten wird".

POLEN

Geheimanweisung

Warschau bereitet verschärfte Arbeitsgesetzgebung vor

"Solidarnosc"-Errungenschaft gestrichen: Sonnabend soll wieder Arbeitstag werden

Die polnische Führung bereitet seit Juli vergangenen Jahres ein verschärftes Arbeitsgesetz vor. Wie die Untergrundzeitung "Obraz" unter Berufung auf das Sitzungsprotokoll 9/85 des polnischen Ministerrates berichtete, waren die Regierungsmitglieder übereinstimmend der Ansicht, dass das gegenwärtige gültige Arbeitsrecht unbedingt novelliert werden müsse. Hauptgrund war dabei die Tatsache, dass während

der "Solidarnosc"-Zeit die Rechte der Arbeitnehmer "zu sehr" ausgebaut worden waren.

Das noch gültige Arbeitsrecht spricht ausserdem von mehreren Gewerkschaften und räumt deren Funktionären besondere Rechte ein. Die sollen künftig nur noch Vertretern der Staatsgewerkschaften zustehen.

Das neue polnische Arbeitsrecht zielt eindeutig auf eine verschärfte Kontrolle der Arbeiter. In den umschreibenden Formulierungen des

"Russisch sprechende Personen" als Begleiter der polnischen Geheimpolizei

Das "Lublener Info-Bulletin" der verbotenen Gerwerkschaft "Solidarnosc" hat berichtet, dass neuerdings bei Razzien des polnischen Sicherheitsdienstes SB "russisch sprechende Personen" zugegen sind. Vermutlich seien es KGB-Beamte. Entsprechende Berichte gebe es beispielsweise aus dem Dorf Komarow im Bezirk Zamosc.

In Komarow hätten bei einer Nacht- und Nebel-Aktion SB-Beamte mit russischer Begleitung ein im Bau befindliches Denkmal zerstört, das an zwei geschichtliche Daten erinnern sollte: Hier schlugen 1920 die Polen die sowjetische Budjonny-Armee, hier fand im Oktober 1939 unter dem polnischen General Kleeberg die letzte polnisch-sowjetische Schlacht statt.

Das Info-Bulletin berichtet,

dass bei Komarow - noch unter vorläufiger sowjetischer Besatzung - eine der ersten polnischen Widerstandsgruppen entstand, die auch gegen die Sowjets kämpfte.

Seit 1980 gelten Komarow und die Nachbardörfer als Bastion der "Solidarnosc der individuellen Bauern". Bei den SB-Razzien seien zeitweilig bis zu 1.000 Beamte eingesetzt worden, heisst es. Von den 90 Festgenommenen befänden sich noch acht in U-Haft.

Drei Monate Arrest erhielt der "allseits beliebte und in Polen als vorbildlicher Landarzt geschätzte" Leiter des Gesundheitszentrums Komarows, Dr. Wieslaw Lipko. 23 Dörfer hatten gemeinsam mit dem offiziellen Kriegsveteranenverband ZBoWiD eine Unterschriftenliste an den Staatsrat und die Generalstaatsanwaltschaft zwecks Freilassung des Arztes geschickt.

BULGARIEN

Kurznotizen:

In Bulgarien gehen die Uhren so sehr anders, dass manche von ihnen beim käuflichen Erwerb registriert werden müssen: Will nämlich ein Konsument einen Wecker kaufen, so muss er in den staatlichen Läden des kommunistisch regierten Landes seinen Pass vorlegen. Die Nummer der Weckuhr wird aufgeschrieben, ebenso wie die Ausweisnummer und Personalien des Käufers.

Mit der amtlichen Erfassung der Wecker-Käufer möchte das kommunistische Regime in Sofia potentielle Attentäter abschrecken, ihren Wecker bei der Fertigung eines Bombenzeitzünders zu verwenden.

Wie Exilbulgaren in Wien berichten, wurde der "Wecker-Erlass" der Regierung bereits im Herbst des Vorjahres verordnet. Ausschlaggebend für das seltsame Registriergebot war ein Bombenanschlag

auf einen Zug von Sofia nach Plovdiv im Sommer des Vorjahres. Im Waggon, in dem die Bombe explodierte, sollen sich vorwiegend Mütter mit Kindern befunden haben, die zu einem Ferienaufenthalt nach Plovdiv reisten. Es soll, so wird berichtet, zahlreiche Tote und Verletzte gegeben haben.

In Sofia wollen allerdings die Gerüchte nicht verstummen, der heimtückische Anschlag soll vom bulgarischen Staatssicherheitsdienst selbst verübt worden sein, um damit den Hass gegen die türkischen Minderheiten zu schüren. Diese werden nämlich für die Bombenserien, die die "Volksrepublik" schon seit Sommer 1984 wiederholt erschüttert haben, verantwortlich gemacht. Die Türken wehren sich gegen eine behördliche Verordnung, mit der sie zur Änderung ihres Namens in eine bulgarische Form gezwungen werden.

Bulgarien - Bilanz

Innenpolitik:

Auf dem 13. Parteitag der Kommunistischen Partei Bulgariens konnte der 75jährige Parteichef Todor Schiwkoff seine Machtstellung halten und damit das Ringen mit Moskaus neuer Führungsriege unter Michail Gorbatschow für sich entscheiden. Ausserdem wurden die von Schiwkoff in aller Eile durchgeführten Veränderungen in Kabinett und Parteispitze abgesegnet.

Die Zwangsbulgarisierung der Minderheiten sorgt für Widerstand gegen das Regime, sowohl unter den Minderheiten, als auch bei den Bulgaren selbst. Es wird von zahlreichen Bombenattentaten auf Züge zwischen Plovdiv und Sofia, auf Diskotheken (Sliven) und in Betrieben (Sofia, Warna, Burgas und Kozlodnj) berichtet.

Aussenpolitik:

Aussenpolitisch hält die bulgarische Regierung treu an der von Moskau vorgeschriebenen Marschlinie fest.

Bezüglich der "Idee" einer atombreien Zone auf dem Balkan, verordnete der Kreml den Ausbau und die Modernisierung von Raketenbasen, sowie die Aufrüstung mit Atomsprengeköpfen.

Die Beziehungen mit der Türkei sind schlechter als je zuvor, vor allem wegen der Bulgarisierung der 10 Prozent starken türkischen Minderheit.

Auch mit Jugoslawien flammte der alte Streit um den "Zankapfel" Mazedonien wieder auf.

Mit Rumäniens Ceausescu gibt es Auseinandersetzungen wegen der türkischen Flüchtlinge, die über Rumänien versuchen in die Türkei zu fliehen.

Allein mit der griechischen Regierung scheinen sich die Kontakte zu intensivieren, Papandreu hatte sogar einen Vertreter zum 13. Parteitag entsandt.

Wirtschaft:

Die Atomkatastrophe von Tschernobyl hat sich insofern auf die Wirtschaft ausgewirkt, dass es seit der Verhängung des EG-Einfuhrverbotes zum ersten Mal seit langem wieder Obst (Erdbeeren) und Gemüse (Gurken, Tomaten) auf den Märkten in ausreichendem Masse gibt. Aufgrund der Berichterstattungen und Warnungen westlicher Radiostationen, wie RFE, VOA oder BBC, werden die Waren jedoch kaum gekauft. Ansonsten ist die Versorgung der Bevölkerung wie üblich ausgesprochen schlecht.

Sonstiges:

Die Reaktorkatastrophe hat deutliche Spuren hinterlassen. Wie Reisende berichten, waren in den ersten Wochen nach dem Tschernobyl-Desaster kaum Kinder auf den Strassen der Grosstädte zu sehen gewesen. Ausserdem ist man über die eigenen zwei Atomeiler beunruhigt. Das AKW bei Kozlodnj ist bereits seit zwei Jahren in Betrieb, ein zweites bei Belene ist kurz vor der Fertigstellung. Beide Reaktoren sind von demselben Grundtyp, wie das AKW, in der Ukraine. Angeblich soll es bereits zu Sabotageakten von Anti-AKW-Kräften und beträchtlichen Schäden in den AKW-Geländen und anderen Kraftwerken gekommen sein.

Stefan Tabakoff

OSTNACHRICHTEN

Impressum:

Offenlegung gem. §25 des Mediengesetzes
Herausgeber, Verleger und Chefredakteur Algis Klimaitis.
Redakteure:

Dr. Edith Dürer-Worobjoff
Veronika Klimaitis
Mag. Jiri Nemeč
Vladimir Pilman
Stefan Tabakoff

Unternehmensgegenstand: Mit Ostnachrichten sollen Nachrichten, Analysen und Kommentare aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft aus der Sicht von Journalisten, die aus Mittel- und Osteuropa stammen, übermittelt werden.

Grundsätzliche Richtung: Unabhängig und überparteilich. Für eine Förderung der Zusammenarbeit der demokratisch-pluralistischen Bewegungen Mittel- und Osteuropas sowie deren Exponenten im Exil.

P.b.b.

Verlagspostamt 1130 Wien/ Erscheinungsort
Wien

A-1015 Wien

Österreichische
Nationalbibliothek

-Zeitschriftenabt.-
Josefsplatz 1

A-1015 Wien

Bei Nichtzustellung zurücksenden an
Ostnachrichten, 1173 Wien, Postfach 5